

## 18 Monate Bauzeit für den Betreiber

VON JOCHEN STUMPF

**Haslach: Das Böblinger Landratsamt hat dem Schotterwerk Böttinger die Genehmigung für eine neue Produktionsstätte erteilt – Bürgerinitiative macht Behörde schwere Vorwürfe**



Im Haslacher Steinbruch dürften bald Bauarbeiten für ein neues Schotterwerk anstehen GB-Foto: Holom

Martin Wuttke, stellvertretender Landrat und Erster Landesbeamter des Kreises Böblingen, hat am Montag die immissionsschutzrechtliche Genehmigung unterschrieben: Im Steinbruch an der Plapphalde darf das Unternehmen Schotterwerk Böttinger ein neues Schotterwerk „zum Brechen und Klassieren von natürlichem Gestein (Kalkgestein)“ errichten. Die Schotterwerk Böttinger

GmbH & Co. KG hatte im August 2018 den Antrag für den Neubau und Betrieb eines Schotterwerks in der Plapphalde gestellt. Für diese Anlage ist ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) vorgeschrieben. Die bestehende Produktionsstätte darf laut der Genehmigung nur noch 18 Monate lang betrieben werden. „Sie muss dann stillgelegt und vorher das neue Werk in Betrieb genommen werden“, sagt Wuttke auf „Gäubote“-Nachfrage zu den Eckpfeilern dieser Genehmigung.

Gericht nennt einstige Forderung unverhältnismäßig

Dieser Erlaubnis war ein umfangreiches Verfahren vorausgegangen (der „Gäubote“ berichtete mehrmals). Das Landratsamt hatte den Betreiber aufgefordert, das Schotterwerk auf den Stand der Technik zu bringen, das Unternehmen zog vor Gericht, wo die Sache in einem Vergleich endete. Man habe einsehen müssen, dass die Forderung unverhältnismäßig sei, rekapituliert Wuttke. Das Schotterwerk Böttinger konnte urlaubsbedingt einer „Gäubote“-Anfrage zur aktuellen Entwicklung nicht nachkommen. Es beabsichtigt zudem, in einem zweiten Genehmigungsprozess den Steinbruch in der Plapphalde zu erweitern.

Gegen beide Vorhaben des Betreibers läuft seitdem eine Bürgerinitiative Sturm. Sie klagt über Lärm, Schmutz, Erschütterungen und seit einem Erörterungstermin im April in der Herrenberger Stadthalle auch über eine Gefahr für das Grundwasser, die von den Vorgängen im Steinbruch ausgehe. Auch die Stadt Herrenberg und der Wasserversorger Ammertal-Schönbuch-Gruppe hatten darauf hingewiesen. In Absprache mit dem Schotterwerk waren daher schon zum

Erörterungstermin mehrere Messstellen auf dem Gelände zur Überwachung des Grundwassers vereinbart worden.

Dieser Sorge will das Landratsamt nun zudem mit einer ergänzenden Stellungnahme nachgekommen sein. „Wir haben uns des Sachverstands des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) bedient“, sagt Martin Wuttke. Die in Freiburg sitzende Fachbehörde habe das Landratsamt auch schon bei den Geothermie-Problemen in Böblingen beraten. Das Monitoring über die Messstellen, eine befestigte Hoffläche, eine Drainage gegen aufsteigendes Grundwasser sowie eine Trennung vom Grundwasser und dem Oberflächenwasser gehören laut Wuttke zu den Auflagen, die mit der Genehmigung einhergehen. „Es ist klar, dass wir uns in der Zone 3a des Wasserschutzgebiets befinden“, sagt Wuttke zu den Bedingungen, „deshalb muss man durch Auflagen sicherstellen, dass es ohne Beeinträchtigungen bleibt.“

Thomas Deines, Sprecher der Bürgerinitiative, empfindet die Genehmigung als „Skandal, weil man sich über die Wasserversorger hinweggesetzt hat“, sagt er auf „Gäubote“-Nachfrage. Er bemängelt, dass das Landratsamt den Neubau des Schotterwerks bewusst aus der Öffentlichkeit ferngehalten habe und nie fundiert auf Fragen eingegangen sei. Das Landratsamt hatte eine Online-Beteiligungsplattform eingerichtet, die Deines als „Alibi-Veranstaltung“ bezeichnet. „Diese Genehmigung untermauert nur die Position, dass die Erweiterung einfach durchgeboxt werden soll.“ Der Widerstand der BI ende nicht, da nach wie vor das Grundwasser gefährdet werde und es der falsche Standort für solche Anlagen sei. „Der Steinbruch darf nicht erweitert werden, wenn das Landratsamt seine eigenen Auflagen ernst nimmt. Aber daran habe ich zunehmend Zweifel“, sagt Deines.

---